AIES
AUSTRIAN INSTITUTE FOR EUROPEAN AND SECURITY POLICY

Nr. 2025/8

Regionen mit Weitblick

Moderne Europa- und Außenpolitik am Beispiel Niederösterreich

von Michael Stellwag
November 2025

AIES FOCUS

Stellwag, Michael

Regionen mit Weitblick
Moderne Europa- und Außenpolitik am Beispiel Niederösterreich

Abstract

Dieser AIES Focus analysiert die Weiterentwicklung der europa- und außenpolitischen Rolle Niederösterreichs seit 2021 und verortet das Land im Spannungsfeld globaler Umbrüche. Regionen im europäischen Mehrebenensystem sind zunehmend strategische Akteure, die wirtschaftliche, sicherheitspolitische und geopolitische Dynamiken aktiv mitgestalten. Niederösterreich nutzt Paradiplomatie, europäische Förderlogiken und regionale Netzwerke wie die „Power Regions“, um im Vorfeld des Mehrjährigen Finanzrahmens 2028+ Einfluss auf die EU-Regionalpolitik zu nehmen.

1. Europäische Regionen als außenpolitische Akteure

In der Europäischen Union (EU) gewinnen Regionen, Bundesländer und Metropolen als eigene Akteure an Bedeutung. Wirtschaftliche und industriepolitische Konkurrenz innerhalb der EU findet nicht mehr nur zwischen Nationalstaaten, sondern vor allem zwischen Regionen statt. Institutionell hat sich innerhalb der EU jedoch kein „Europa der Regionen“ herausgebildet, in dem die Nationalstaaten eingehegt oder gar ersetzt werden, sondern es entwickelte sich ein „Europa mit Regionen“.

Der dafür geschaffene Ausschuss der Regionen (AdR) bietet den Regionsvertretern zumindest garantiertes Anhörungsrecht im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren der EU. Zentrale Elemente sind die Subsidiarität und die Frage nach einer angemessenen Governance-Struktur, die regionale Eigenständigkeiten und sozioökonomische Besonderheiten mit europäischer Kohäsion verbindet. Realpolitisch sind es vor allem wirtschaftlich starke und selbstbewusste Regionen, die in der EU Gehör finden wollen oder jene die internationale Kooperation mit Regionen mit ähnlichen Interessen suchen.

Das bekannteste Beispiel hierfür ist die Arbeitsgemeinschaft der „Vier Motoren für Europa“, bestehend aus dem deutschen Bundesland Baden-Württemberg, der italienischen Lombardei, dem französischen Auvergne-Rhône-Alpes und dem spanischen Katalonien. Ein aktuelleres Beispiel ist der „Pakt der freien Städte“, bei dem sich die vier mitteleuropäischen Hauptstädte Warschau, Prag, Bratislava und Budapest 2019 zusammenschlossen – nicht nur um in spezifischen Bereichen zu kooperieren, sondern um sich gegen ihre jeweiligen nationalen Regierungen zu positionieren.[1]

Den analytischen Rahmen dazu bietet der Begriff der „Paradiplomatie“, der die Beteiligung von nicht zentralen Regierungsakteuren – wie eben Städten und Regionen – an internationalen Beziehungen beschreibt. Bei dieser Form der Nebenaußenpolitik vertreten diese Akteure in Form von Städte- und Regionspartnerschaften, Netzwerken und Gipfeltreffen ihre eigenen Interessen selbst und forcieren mit Handelspolitik, Kulturaustausch oder etwa Wissenschaftskooperation unterschiedliche Ziele.

Auch über den Kontinent hinaus streben Europas Regionen und Metropolen nach maßgeschneiderten Partnerschaften. Hier werden sie auch mit aktuellen geopolitischen Herausforderungen konfrontiert, unter anderem mit der wirtschaftlich attraktiven Volksrepublik China, die eine „subnationale Diplomatie“ aus Provinz- und Städtepartnerschaften etabliert hat. Diese sollen einerseits den eigentlichen Zweck von Regionspartnerschaften erfüllen, andererseits aber auch EU-Politiken umschiffen und eigene geopolitische Narrative in Europa verankern.

Für das flächenmäßig größte Bundesland Österreichs, Niederösterreich, ist die selbstbewusste europa- und außenpolitische Entwicklung von besonderer Relevanz. Bereits früh positionierte sich das Land als aktiver europäischer Player und nutzte die Möglichkeiten regionaler Vertretungen in Brüssel. Die Europäische Regionalpolitik, insbesondere die Kohäsionspolitik und die Verteilung von Fördermitteln, bieten hier wesentliche Handlungsspielräume. Niederösterreich ist traditionell ein Nettoempfänger von EU-Strukturmitteln, insbesondere in ländlicher Entwicklung, Forschung und Innovation.

Gleichzeitig müssen auch groß angelegte und mit zahlreichen Handlungsfeldern versehene Visionen wie der Europäische Green Deal oder neue sicherheitspolitische Strategien – wie etwa die Strategie der Bereitschaftsunion (*EU Preparedness Union Strategy*[2]) von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden, was heißt in föderalen Staaten liegt dies oft in den Kompetenzen der Regionen. Dies betrifft ebenfalls die zivile Krisenvorsorge, bei der nicht nur Regionen, sondern auch Städte und Gemeinden eine stärkere Verantwortung übernehmen, wie ein Beispiel aus Baden-Württemberg zeigt.[3] Dies hebt die Bedeutung von Regionen als Umsetzer von EU-weiten Leuchtturmprojekten hervor.

Geopolitische Umbrüche haben die Bedeutung regionaler Akteure weiter verstärkt. Der Fall des Eisernen Vorhangs ermöglichte den Systemwandel in den 1990er Jahren und die spätere EU-Mitgliedschaft für viele mittel- und osteuropäische Staaten, wodurch Niederösterreich vom Rand in die Mitte Europas rückte und neue Kooperationen mit direkten Nachbarn in Tschechien, der Slowakei sowie in Ungarn forciert wurden. Heute führt die Globalisierung zu einem intensiven Standortwettbewerb, und gezielte strategische Partnerschaften werden zum entscheidenden politischen Hebel.

2. Niederösterreichische Europapolitik seit 2021

Niederösterreichs Initiativen und Selbstverständnis in der Europäischen Union wurden bereits vor knapp fünf Jahren analysiert.[4] Seither kam es zu einer Reihe substanzieller und relevanter Weiterentwicklungen. Strategisch sind diese Jahre davon geprägt, zum einen die Fördermittel maximal abzuschöpfen und zum anderen, Verbündete für die Verhandlungen des Mehrjährigen Finanzrahmen (MFF) 2028+, also des EU-Budgets für sieben Jahre, zu finden. Beim MFF werden umfangreiche Mittel für die Regionalpolitik verteilt.

2.1. Europapolitik in Niederösterreich

Seit der Angelobung der aktuellen Landesregierung nach der Landtagswahl 2023 hat die öffentliche Sichtbarkeit europapolitischer Themen abgenommen, die inhaltliche Arbeit jedoch bleibt konsequent und wird punktuell ausgeweitet. Dies hängt auch mit personellen Veränderungen in der Landesregierung zusammen: Der bisherige zuständige Landesrat Martin Eichtinger, der durch seine Ressortzuständigkeit für Wohnbau, Arbeitsmarkt und internationale Beziehungen europapolitische Agenden stark vorangetrieben hatte, schied aus der Regierung aus. In der Folge wurden die europapolitischen Zuständigkeiten zwischen Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Landeshauptfrau-Stellvertreter Udo Landbauer neu verteilt. Damit ging eine Verschiebung in der politischen Gewichtung einher, die zwar zu geringerer öffentlicher Sichtbarkeit führte, in der Sache aber eine Kontinuität und punktuelle Erweiterung der europapolitischen Arbeit sicherstellt.[5]

Neben den Aktivitäten in Brüssel setzt Niederösterreich auch auf eine starke europapolitische Präsenz im Inland. INTERREG-Projekte haben sich für grenzüberschreitende Kooperationen in Bereichen wie Tourismus, Infrastruktur, Bildung und Umwelt bewährt und werden stets ausgebaut. Die 2020 eingerichtete EU-Service-Stelle bei NÖ Regional erleichtert Gemeinden und Bürgern den Zugang zu EU-Förderungen und Beratung und macht dadurch die Union auch in peripheren Gebieten sichtbarer. Aus diesem Grund werden auch die rund 300 EU-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte seitens des Landes unterstützt und serviciert. Ihre Aufgaben umfassen die Weitergabe und Information von EU-Projekten und die Beantwortung von Fragen der Bevölkerung. Dadurch wirken sie als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Es wurde auch eine eigene Website eingerichtet (Dabei sein in Europa), wo Projekte und Fördermöglichkeiten für verschiedenste Zielgruppen beworben werden.[6]

Herausragend für den europapolitischen Diskurs ist das seit 1995 stattfindende Europa-Forum Wachau, das in den letzten Jahren um geopolitische Themensetzungen erweitert wurde. Damit wurde es stärker als europäische Debattenplattform positioniert, die neben wirtschaftlichen und regionalen Aspekten auch sicherheits- und außenpolitische Themen adressiert.

Bei der Identifizierung von Kooperationspartnern und -feldern verfolgt Niederösterreich zwei Ansätze: Zum einen die Nachbarschaftskooperation mit benachbarten Regionen sowie andere (europäische) Regionen, die über ähnliche standortpolitische oder sozioökonomische Parameter verfügen und ähnliche Herausforderungen meistern wollen.

Die Nachbarschaftskooperationen mit Regionen in der Tschechischen Republik und der Slowakei haben sich seit der Covid-19-Pandemie sogar vertieft. Die Krisenerfahrung galt als Katalysator für langfristige Kooperationen, insbesondere im Gesundheitsbereich. Auch die formalisierte Kooperation mit anderen Regionen hat zugenommen. 2022 schloss man eine Kooperationsvereinbarung mit der Region Île-de-France und dem Freistaat Bayern. Mit der französischen Hauptstadtregion teilt man sich ähnliche räumliche und funktionale Strukturen und will bei der Erreichung der Klimaziele kooperieren. Mit dem deutschen Wirtschaftsmotor hat man die *Power Regions* ins Leben gerufen und setzt zusätzlich auf Wasserstofftechnologie-Kooperation.

2.2. Aktivitäten am Brüsseler Parkett

Die wichtigste Aktivität und das wichtigste Vehikel zur Durchsetzung der eigenen Interessen stellt zweifelsohne eben jene Initiative der *Power Regions* dar, die im Herbst 2024 in Brüssel ins Leben gerufen wurde. Niederösterreich und Bayern verabschiedeten dazu eine gemeinsame Deklaration zur Zukunft der EU-Regionalpolitik. Inzwischen haben sich über 70 wirtschaftlich starke Regionen dieser Initiative angeschlossen, die rund 190 Millionen Bürgerinnen und Bürger repräsentieren. Ziel ist es, den Einfluss dieser „Kraftzentren“ zu bündeln und in Brüssel als geschlossene Stimme aufzutreten, insbesondere im Hinblick auf die anstehenden Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2028+.

> Regionen im europäischen Mehrebenensystem sind zunehmend strategische Akteure [...]

Die Ausgangslage ist schwierig. Denn die Regionen sehen sich mit einem doppelten Spannungsfeld konfrontiert: Einerseits die Mittelaufstockung für Sicherheit und Verteidigungspolitik sowie andererseits die Verteilung innerhalb der Kohäsionsfonds zwischen ländlicher Entwicklung (als Kernanliegen der Regionen) und der Gemeinsamen Agrarpolitik (als Kernanliegen der Landwirtschaftsvertreter).

Es ist unbestritten, dass die Europäische Union künftig deutlich mehr Mittel für Sicherheit und Verteidigung bereitstellen muss. Angesichts geopolitischer Krisen, der Zeitenwende im transatlantischen Verhältnis und einer zunehmend instabilen Nachbarschaft sind entsprechende Investitionen nicht nur notwendig, sondern auch politisch unumgänglich. Auch die Regionalvertreter selbst bestreiten diesen Bedarf nicht.

Gleichzeitig aber haben die Regionen über Jahrzehnte Strukturen aufgebaut, die auf einer dezentralen, bottom-up orientierten Entwicklung beruhen. Kohäsionspolitik war nie nur ein finanzielles Instrument, sondern immer auch ein strategisches Instrument für die Gestaltung ihrer spezifischen sozioökonomischer Räume. Eine zentralisierte Industriepolitik mit top-down verordneten Kürzungen würde diese Balance empfindlich stören und viele erfolgreiche regionalpolitische Strategien zunichtemachen.

Nach Ansicht von Regionsvertretern droht der aktuelle Kommissionsvorschlag zur Kohäsionspolitik die regionale Ebene zu schwächen: Der vorgesehene „Single Plan“ für jeden Mitgliedstaat würde die Verteilung von Kohäsions- und Agrarmitteln national bündeln und regionale Mitsprache reduzieren. Als warnendes Beispiel gilt der Europäische Aufbauplan „Next Generation EU“ nach der Covid-19-Pandemie: Hier bestimmten die nationalen Hauptstädte weitgehend allein über die Mittelvergabe – die Regionen hatten kaum Mitspracherechte. Viele sehen dies als Blaupause für eine befürchtete neue Zentralisierung.

Zu einem Nullsummenspiel nach dem Motto *Sicherheit versus Regionalentwicklung* muss es jedoch nicht zwangsweise kommen. Vielmehr eröffnet sich

die Möglichkeit, sicherheitspolitische Aspekte gezielt in bestehende regionalpolitische Programme zu integrieren. Ob bei der Energieversorgung, der Lebensmittelproduktion, der Stärkung von Lieferketten oder im Bereich kritischer Infrastruktur und gesellschaftlicher Resilienz – zahlreiche Initiativen könnten sich mit einem „sicherheitspolitischen Mascherl“ versehen lassen.

Etwas zugespitzt könnte der bäuerliche Abhofladen zur Versorgungssicherheit, die Ortskernbelebung mit Wirtshaus und Gemeinschaftsraum zur gesellschaftlichen Resilienz und die gut ausgebaute Straßenverbindung zur militärischen Mobilität beitragen. Dies wäre kein Novum, es gibt zahlreiche andere Fälle, bei denen bereits bestehende Projekte an eine neue Förderschiene angepasst und einem Re-Branding unterzogen wurden (etwa in Zuge von PESCO). Ähnliche Debatten sind auch in Deutschland rund um die Sondervermögen für Verteidigung und für Infrastruktur zu beobachten. Auf diese Wiese, die aus Regionsperspektive vorausschauend und kreativ wäre, könnten zusätzliche sicherheitspolitische Prioritäten berücksichtigt werden, ohne die regionale Dynamik zu ersticken. Die Initiative der *Power Regions* ist deshalb so bedeutend, weil sie das derzeit wichtigste Format darstellt, um die Interessen der Regionen in Brüssel zu bündeln, gemeinsame Positionen zu entwickeln und geschlossen aufzutreten. Im Wettbewerb der politischen Agenden gilt: Nur wer Sichtbarkeit und Schlagkraft vereint, wird in den Budgetverhandlungen gehört.

Niederösterreich setzt daher konsequent auf die Professionalisierung seiner Europaarbeit – nicht zuletzt auch durch den Umzug des Verbindungsbüros in unmittelbare Nähe zum Europäischen Parlament vor drei Jahren, um Netzwerke noch effizienter pflegen zu können.

2.3. Die EU-Dimension als Querschnittsmaterie

In vielen Bereichen der niederösterreichischen Europapolitik bedarf es keiner eigenen Projekte, Partnerregionen oder Initiativen in Brüssel. Die Landesregierung denkt erstens bewusst die EU-Dimension bei ihrer Politikgestaltung mit und ist zweitens oft automatisch in EU-Vorgaben, Prozessen oder Rahmen eingebettet oder von diesen betroffen.

Zu ersterem soll hier die „Landesstrategie Niederösterreich 2030 – Mein Land denkt an Morgen“ und die FTI-Strategie 2027 sowie das für das Land zentrale Zukunftsfeld der Gesundheitsversorgung behandelt werden. Die Landesstrategie Niederösterreich ist das zentrale langfristige Zukunfts- und Entwicklungsprogramm des Landes und wurde 2022/23 erarbeitet. Es beinhaltet wirtschaftliche, soziale, räumliche, ökologische und institutionelle Aspekte und soll das Land transformieren, um zukunftsfit zu werden. Es wird nicht nur die Positionierung gegenüber Europa thematisiert, sondern die EU wird stets mitgedacht, wie aus dem letzten wissenschaftlichen Jahresbericht, herausgegeben von Christian Badelt, herausgeht.[7]

Darin wird einmal mehr die Zusammenarbeit mit europäischen Regionen im Bereich Wirtschaft und Forschung und die Teilhabe an europäischen Initiativen hervorgehoben.[8] Die Positionierung Niederösterreichs als Exportland sowie als internationaler Wirtschafts-, Tourismus-, Wissenschafts-, und Kulturstandort soll forciert werden und gelingt vor allem durch EU-Fördermittel.[9] Die Handlungsfelder der NÖ FTI-Strategie (Forschungs-, Technologie- und Innovationsstrategie) sind so angelegt, dass sie anschlussfähig an das Rahmenprogramm von Horizon Europe (2021-2027) sind.[10]

Das Thema Gesundheitsversorgung ist für die Landesbevölkerung besonders prioritär.[11] Insbesondere im ländlichen Raum und in den Grenzgebieten stellt die flächendeckende Versorgung oft eine Herausforderung dar. Seit knapp zwei Jahrzehnten gibt es daher Kooperationen mit Nachbarregionen in Tschechien und der Slowakei. 2021 wurde das „Health Across“ Gesundheitszentrum in Gmünd an der Grenze zu České Velenice errichtet, ein Paradebeispiel für grenzüberschreitende Kooperation. Darin werden Patienten auf Deutsch und Tschechisch behandelt und versorgt. An einem Standort, wo vor 30 Jahren noch der Eiserne Vorhang beide Länder trennte. Die Patientenzahlen sind in den letzten Jahren gestie-

gen. Im Zuge des intensiv diskutierten „Gesundheitspaktes 2040+“ soll das Gesundheitszentrum ausgebaut und um eine Gesundheitsklinik erweitert werden.[12] Dies zeigt exemplarisch, wie in einem modernen Europa Regionen ihre Herausforderungen durch gezielte Kooperation meistern können.

Als Umsetzer EU-weiter Leuchtturmprojekte und zugleich tief in EU-Governance, Förderlogiken und Regulierungsrahmen eingebettet, verfügen Regionen wie Niederösterreich über erhebliche, oft unterschätzte Gestaltungsspielräume.

Ein Beispiel ist der *European Green Deal* mit seinen flankierenden Finanzierungsinstrumenten, etwa dem Fonds für einen gerechten Übergang (*Just Transition Fund / JTF*). Dieser soll jene Regionen unterstützen, die aufgrund ihrer bisherigen Wirtschaftsstruktur am stärksten vom Transformationsprozess in eine klimaneutrale Wirtschaft betroffen sind. Durch den JTF können etwa Investitionen in den Bereichen Kreislaufwirtschaft, klimafitte Energiecluster und Modernisierung lokaler Wertschöpfungsketten unterstützt werden.

In Niederösterreich wurden die Bezirke Amstetten, Teile Badens, Lilienfeld, Melk, Neunkirchen, Scheibbs, Wiener Neustadt-Land und die Statutarstädte Waidhofen an der Ybbs und Wiener Neustadt von der Österreichischen Raumordnungskonferenz identifiziert und von der Europäischen Kommission bestätigt.[13] Diese Bezirke liegen in den namentlich passenden Regionen Eisenwurzen-Mostviertel und Industrieviertel-Süd.

In den Flusstälern dieser alpinen und voralpinen Regionen wie dem Ybbs-, Erlauf-, Traisen-, Schwarza- und Piestingtal siedelten sich bereits früh Handwerks- und Industriegebiete an, die heute aber nicht mehr dieselbe Bedeutung haben. Teilweise werden hier die Gleise früherer Regionalbahnen heute touristisch als Radwege genutzt. Viele Gebiete sind Abwanderungsgemeinden, insbesondere im Bezirk Lilienfeld.[14] Insgesamt haben diese Bezirke jedoch im Detail unterschiedliche Herausforderungen. Entscheidend ist, dass Niederösterreich die Mittel des JTF nicht nur als isoliertes EU-Instrument begreift, sondern intensiv in die Landesstrategie einbettet und Mut für unorthodoxe Pilotprojekte zeigt. Bei einem solchen integrierten Ansatz kann die europäische Dimension mit regionaler Innovation, Standortentwicklung und sozialem Ausgleich ineinandergreifen und der unausweichliche Strukturwandel aktiv gestaltet werden.

Ein weiteres Beispiel ist die bereits erwähnte, 2024 von der Europäischen Kommission präsentierte EU Preparedness Union Strategie, die als zentrale Leitlinie für Resilienz, Krisenvorsorge und technologische Souveränität Infrastruktur-, Technologie- und vor allem Sicherheitsaspekte verbindet. Dabei sollen auch Fähigkeiten auf nationaler und regionaler Ebene harmonisiert werden.

Für Niederösterreich ergeben sich daraus mehrere, unterschiedliche Anknüpfungspunkte: Erstens kann das Land seine bereits bestehenden Kompetenzen im Bereich der Weltraumtechnologie – etwa die Forschungseinrichtungen und Unternehmen der *Space-Cluster* rund um den Flughafen Schwechat und in Wiener Neustadt – nutzen, um bei Vorhaben rund um Satellitenbau, Erdbeobachtung, Überwachung und Lagebildern mitzuwirken. Zweitens kann die Ausrüstung von zivilen und militärischen Drohnen in der EU, eine der wichtigsten Lehren aus dem Ukraine-Krieg, mit vorhandenen und auszubauenden Drohnen- und Sensorik-Produktionsstätten (wie etwa der Firma Schiebel) unterstützt werden. Drittens kann Niederösterreich mit der Produktion von Dual-Use-Technologie Schnittstellen zur Preparedness-Strategie finden. Nicht gänzlich unvorstellbar ist es, dass bestehenden Projekten ein „sicherheitspolitisches Mascherl“ umgebunden wird. Dies sollte jedoch die Ausnahme und nicht die Regel werden und keinesfalls andere Bemühungen ersetzen. An dieser Stelle soll darauf hingewiesen werden, dass die hier erwähnten Branchen und Beispiele einen anderen, oft nicht diskutierten Beitrag zur österreichischen und europäischen Sicherheit leisten, anders als „Preparedness-Strategie-kompatibel“ etikettierte Zivilschutzsignale oder Abhofläden.

Insgesamt wirkt die EU-Dimension als Querschnittsmaterie durch fast alle Politikbereiche. Sie wird einerseits bewusst im

Land mitgedacht, andererseits ist man in umfassende EU-Politiken eingebettet und kann neue Chancen und spezifische Nischen für eigene Vorhaben nutzen.

3. Im Spannungsfeld aktueller geopolitischer Dynamiken

Natürlich machen aktuelle Dynamiken in Bereichen der Sicherheit, Geopolitik und globalen Wettbewerbspolitik nicht vor Regionen halt. Regionen müssen sich positionieren und können im Zuge der Paradiplomatie selbst außenpolitische Beiträge leisten. Exemplarisch sollen hier die russische Invasion der Ukraine und der Blick über den europäischen Tellerrand, insbesondere nach China, thematisiert werden.

Die ukrainische Grenze liegt keine 400 Kilometer von Niederösterreich entfernt, die Solidarität mit Ukrainern war vor allem im ersten Jahr nach der Invasion groß. Bereits in den ersten zwei Wochen nach der russischen Invasion wurde im März 2022 aus der Zivilbevölkerung die Initiative „Blau-Gelb hilft Blau-Gelb“ gestartet. Koordiniert vom NÖ Zivilschutzverband und unterstützt von einigen Freiwilligen Feuerwehren wurden mehrere Hilfskonvois mit gespendeten Versorgungsgütern in die Ukraine bzw. in Flüchtlingslager in die Republik Moldau gebracht.[15]

Auch politisch vertieften sich die Beziehungen mit der Ukraine, konkret mit dem Partneroblast Kiew. Höhepunkt war die Ukrainereise von Landeshauptfrau Mikl-Leitner und einer Wirtschaftsdelegation im Frühjahr 2025, die den Anspruch verdeutlicht hat, neben humanitärer Hilfe auch wirtschaftliche Kooperationen im Bereich Bau, Energie und Bildung zu fördern. Diese Reise war ein deutliches und außergewöhnliches Zeichen. Darüber hinaus spielt die Integration ukrainischer Geflüchteter eine wichtige Rolle, bei der Gemeinden, Schulen und NGOs einen wesentlichen Beitrag leisten. Von den knapp 90.000 Ukrainern in Österreich leben mehr als 16% in Niederösterreich.[16]

> … europäische Regionen [werden] deutlich stärker Teil globaler Wettbewerbs- und Konfliktlinien.

Europäische Städte und Regionen blicken bei der Auswahl ihrer Kooperationspartner zunehmend über den europäischen Tellerrand. In Niederösterreich kennt man diesen Trend und ist längst über die EU hinaus international vernetzt. Kooperationsabkommen bestehen mit dem US-Bundesstaat Colorado, der chinesischen Provinz Zhejiang und der japanischen Präfektur Yamanashi. Nicht unerwähnt bleiben soll auch eine innovative Bildungskooperation mit der Republik Ghana, die 2024 durch den Präsidenten des Landes an der HTL Mödling persönlich bekräftigt wurde.[17]

Colorado gilt als wirtschaftlich besonders interessant für St. Pölten, da der Bundesstaat strukturell ähnlich ist und man Handelsbeziehungen knüpfen möchte. Die Kooperation mit Yamanashi wurde im Zuge einer Delegationsreise zur EXPO in Osaka 2025 beschlossen. Schwerpunkt der Zusammenarbeit sollen unter anderem Technologie, erneuerbare Energie und Weinbau sein.

Die seit 2019 bestehende Partnerschaft Niederösterreichs mit der Provinz Zhejiang verdeutlicht die Chancen, aber auch die Risiken regionaler Paradiplomatie mit chinesischen Akteuren. Niederösterreich reiht sich damit in eine lange Liste europäischer Städte und Regionen ein. Allein in den fünf größten EU-Mitgliedstaaten Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und Polen bestehen über 102 formelle Kooperationen zwischen Städten und Regionen mit chinesischen Gegenparts.[18]

China tritt seit einigen Jahren in der Außenpolitik merklich konfrontativer auf. Zu spüren bekommen hat das die Steiermark. Dort bestand seit vielen Jahren eine Partnerschaft mit den Provinzen Guizhou, Jiangsu und Shanghai. Parallel dazu pflegte die Steiermark aber auch intensivere Beziehungen mit der fünftgrößten Stadt Taiwans, Tainan. Als im Herbst die formale Fortsetzung der Partnerschaft mit einer chinesischen Provinz beschlossen werden sollte, reagierte diese bemerkbar reserviert auf eine Delegationsreise nach Taiwan im selben Jahr und verzichtete auf die weitere Zusammenarbeit.

In St. Pölten ist die Vereinbarung mit Zhejiang zuletzt zunehmend in den Hintergrund getreten. Die sicherheitspolitische Entwicklung wird klar erkannt und man achtet darauf, regionale Kontakte nicht für strategische Zwecke Pekings instrumentalisieren zu lassen. Man betont außerdem, dass die Kooperation mit Zhejiang in den vergangenen Jahren weitgehend inaktiv blieb, auch weil Niederösterreich seine außenpolitischen Prioritäten inzwischen stärker in anderen Weltregionen setzt.

Diese Beispiele unterstreichen die wachsende Relevanz der Paradiplomatie als außenpolitisches Handlungsfeld. Städte- und Regionalpartnerschaften können eine wichtige Ergänzung der europäischen Außenpolitik darstellen, bergen jedoch Risiken, wenn sie unkoordiniert verlaufen. Es wäre daher notwendig, subnationale Kooperationen systematischer in die europäische Chinapolitik einzubinden, um Synergien zu nutzen und potenzielle Gefahren frühzeitig zu adressieren. Die jüngeren Partnerschaften Niederösterreichs mit den USA und Japan zeigen, dass Regionen durchaus in der Lage sind, westlich orientierte Kooperationsstrategien zu entwickeln und so auf die aktuellen geopolitischen Dynamiken flexibel zu reagieren.

4. Fazit

Niederösterreich betreibt eine paradiplomatische Europa- und Außenpolitik mit Weitblick. Es hat seine Rolle und seine Kapazitäten dafür deutlich geschärft. Im Kapitel 1 wurde verdeutlicht, dass Regionen im europäischen Mehrebenensystem heute nicht mehr nur Verwaltungseinheiten, sondern strategische Player sind, die in geopolitische und wirtschaftliche Dynamiken eingebettet sind. Niederösterreich agiert in diesem „Europa mit Regionen“ bewusst, nutzt Paradiplomatie als Werkzeug und positioniert sich in relevanten Netzwerken.

In Kapitel 2 wurde die Weiterentwicklung der europapolitischen Arbeit des Landes seit 2021 dargestellt. Die Landesregierung verfolgt trotz geringerer öffentlicher Sichtbarkeit eine inhaltlich konsistente Agenda; sie vertieft Nachbarschaftskooperationen, professionalisiert die Präsenz in Brüssel und setzt mit den Power Regions auf einen strategischen Hebel im Vorfeld des MFF 2028+. Zugleich nutzt Niederösterreich EU-Politiken als Querschnittsmaterie: vom Horizon-Programm über die Landesstrategie 2030 bis hin zu Gesundheits- und Innovationsprojekten. Die Beispiele JTF und EU-Preparedness zeigen, dass europäische Großstrategien auf regionaler Ebene nicht nur umgesetzt, sondern aktiv ausgestaltet werden können.

Das dritte Kapitel zeigt, dass geopolitische Verwerfungen Regionen direkt erreichen. Der Krieg gegen die Ukraine, die sicherheitspolitischen Herausforderungen mit China und der globale Systemwettbewerb zeigen die zunehmende Verwobenheit regionaler Interessen mit internationalen Konfliktlinien. Niederösterreich hat hier sowohl Verantwortung übernommen – etwa bei humanitärer Hilfe und wirtschaftlicher Kooperation mit der Ukraine – als auch seine außenpolitischen Netzwerke bewusst diversifiziert (USA, Japan, Ghana).

Insgesamt zeichnen die Befunde ein klares Bild: Strukturelle Transformationen werden zunehmen – vom industriellen Wandel in den „JTF-Gebieten“ über Fragen der Gesundheits- und Energieversorgung, und der Demografie bis hin zu neuen Sicherheitsanforderungen. Geopolitische und sicherheitspolitische Dynamiken werden sich weiter verschärfen, wodurch europäische Regionen deutlich stärker als bisher Teil globaler Wettbewerbs- und Konfliktlinien werden. Gleichzeitig wird die Budgetlage der Republik Österreich angespannt bleiben, was ebenso für die wirtschaftliche Lage gilt. Regionen wie Niederösterreich stehen damit unter dem doppelten Druck, weiterhin EU-Mittel maximal zu nutzen und gleichzeitig eigene Ressourcen effizient zu konsolidieren.

Gerade in diesem Umfeld zeigt sich, dass Niederösterreich eine klare strategische Linie braucht: weiterhin vorausschauend, kreativ, international vernetzt und konsequent pro-europäisch. Die Zukunftschancen des Landes liegen in der aktiven Mitgestaltung europäischer Politiken, im intelligenten Einsatz EU-finanzierter Transformationen und in mutigen, global orientierten Partnerschaften. Niederösterreich ist in der Mitte Europas, mit starker Infrastruktur, technologischen Clustern und hoher inter-

nationaler Reichweite, gut positioniert. Entscheidend wird sein, diesen Handlungsspielraum zu nutzen und frühzeitig in Zukunftsfelder zu investieren, bevor andere Regionen schneller agieren.

5. Empfehlungen

- **Strukturellen Wandel mit Modellregionen gezielt steuern:** Landesprogramme in den Gebieten in der Eisenwurzen und dem südlichen Industrieviertel müssen gezielt mit dem Just Transition Fund abgestimmt werden. Ohne ein detailliertes Wissen zu haben, ob es bereits JTF-(Ko-) Finanzierungen in den betroffenen Gemeinden gibt, soll der Schwerpunkt auf industrielle Modernisierung und Transformation bestehender Betriebe gelegt werden. Es gibt bereits zahlreiche Best Practices im Bereich des sanften Tourismus, jetzt gilt es, industrielle, wissensbasierte und energieintensive Investitionen zu priorisieren und Mut für unorthodoxe und größere Projekte aufzubringen. Im Idealfall könnten diese zu europäischen Modellregionen für einen gerechten Übergang werden.
- **Jeden Förder-Euro abholen:** Dies ist schon länger die Losung Niederösterreichs. Es gilt, das EU-Fördermanagement auch in den Gemeinden noch weiter und systematisch zu professionalisieren, Landeseigene Projekte zu „europäisieren“ und neue EU-Vorhaben proaktiv zu identifizieren.
- **Keine Scheu vor Sicherheit und Rüstung:** Der Sektor muss als Zukunftssektor ernst genommen werden. Europa und Österreich erleben eine drastisch verschlechterte Sicherheitslage, die nicht wegzuleugnen ist. Vorhaben wie die Preparedness-Strategie und weitere Initiativen werden das industrielle und technologische Fundament für Europas Freiheit und Sicherheit werden. Sowohl aus Sicherheits- als auch aus wirtschaftlichem Eigeninteresse müssen Niederösterreichs Spitzenunternehmen daran mitwirken. Drohnen für die Ukraine? Heimische Technologie für den Kalten Krieg im Weltraum? Dual-Use-Güter von österreichischen Rüstungsunternehmen für europäische Armeen? Das würde eine sensible Kommunikation in einer stark emotionalisierten öffentlichen Debatte erfordern, aber definitiv die eigene Resilienz stärken und die eigene Wirtschaftskraft unterstützen.
- **Afrika-Partnerschaften prüfen:** Abseits von europäischen Partnern möge Niederösterreich kooperationsfähige Wachstumsstaaten und -regionen am afrikanischen Kontinent identifizieren. Mit Blick auf die zunehmend unter Druck kommende europäische Entwicklungszusammenarbeit, dem Auftreten neuer nichtdemokratischer Geberländer und der Planung einer neuen Afrika-Strategie Österreichs könnte Niederösterreich hier eine strategische Nische besetzen.
- **Pro-europäische Positionierung ausbauen und EU mitgestalten:** Die pro-europäische und weltoffene Haltung Niederösterreichs dient seiner eigenen Entwicklung. Daher muss Niederösterreich weiterhin proaktiv und positiv seine Netzwerke wie die Power Regions für die Einflussnahme auf den MFF nutzen. Niederösterreichische Landesbedienstete sollten noch intensiver Kurzzeitaufenthalte in Brüssel ermöglicht bekommen, um sich europäisches Recht, aber insbesondere die Strukturen und Prozesse bestmöglich zur Stärkung heimischer Institutionen anzueignen.

About the Author

Michael Stellwag ist Politikwissenschaftler und hat sich auf Mittel- und Osteuropa, europäische Sicherheitsarchitektur und demokratische Resilienz spezialisiert. Zuvor sammelte Michael Berufserfahrung in Brüssel. Privat interessiert er sich für das Zusammenspiel zwischen regionaler und europäischer Politik.

[1] Löwenstein, Stephan; Zimmermann, Niklas (2019): Die Visegrád-Rebellen. In Frankurter Allgemeine. Veröffentlicht am 16.12.2019. Siehe: https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/budapest-prag-warschau-und-pressburg-schliessen-pakt-der-freien-staedte-16539050.html

[2] European Commission (2025): EU preparedness union strategy: https://commission.europa.eu/topics/preparedness_en

[3] Steffen, Tamara (2025): Crises Preparedness at the Local Level : Perceptions, Practices, and Challenges Among Mayors in Baden-Württemberg. Master's Thesis, Tampere University. Master of Administrative Sciences – Security and Safety Management. May 2025. Siehe: https://www.finna.fi/Record/trepo.10024_228390

[4] Stellwag, Michael (2021): Europapolitik in Blau-Gelb – Niederösterreichs Initiativen und Selbstverständnis in der Europäischen Union – eine Analyse. AIES Studie 2/2021. Veröffentlicht am 25.05.2021. Siehe: https://www.aies.at/download/2021/AIES-Studie-Europapolitik-in-Blau-Gelb.pdf

[5] In die Zuständigkeit von Landeshauptfrau Johanna Mikl Leitner (ÖVP) fallen unter anderem die Angelegenheiten der Europäischen Integration und Koordination der Außenbeziehungen des Landes Niederösterreich; EU-Erweiterung; Europaforum Wachau. Bei Landeshauptfrau-Stellvertreter Udo Landbauer (FPÖ) liegen unter anderem die Geschäftsstelle des Landes NÖ für EU-Regionalpolitik (ausgenommen Europaforum Wachau) und die Verwaltung INTERREG AT-CZ. Siehe: https://www.noe.gv.at/noe/Landesregierung/Zustaendigkeiten_der_Regierungsmitglieder.html

[6] https://europa-in-niederoesterreich.at/dabei-sein/

[7] Badelt, Christoph (2025): Niederösterreich: Mein Land denkt an Morgen. Projekt "Landesstrategie Niederösterreich 2030: Soziale und ökonomische Entwicklungen" Jahresbericht über das Jahr 2024, veröffentlicht am 27.02.2025. Siehe: https://land-noe.at/noe/MLDAM_Christoph_Badelt_Wissenschaftlicher_Bericht_2024.pdf

[8] Ebenda, S.40

[9] Ebenda, S. 27

[10] Land Niederösterreich, Amt der NÖ Landesregierung, Abteilung Wissenschaft und Forschung (2020): FTI-Strategie Niederösterreich 2021-2027. Siehe: https://www.noe.gv.at/noe/Wissenschaft-Forschung/FTI27_web.pdf

[11] Institut für Strategieanalysen (2021): Zukunfskompass. NÖ Landesstrategie 2030. Präsentation zentraler Ergebnisse einer repräsentativen Studie. S. 28. Siehe: https://land-noe.at/noe/Zukunftskompass_NOe_2021.pdf

[12] ORF.at (2025): Ein Spital ohne Betten für Gmünd. Veröffentlicht am 29.03.2025. Siehe: https://noe.orf.at/stories/3298726/

[13] Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) (2022): Territorialer Plan für einen gerechten Übergang. Veröffentlicht im August 2022. Siehe: https://www.efre.gv.at/fileadmin/user_upload/2021-2027/publikationen/2022_OEROK-JTP_final.pdf

[14] Pallinger, Jakob (2022): Abwanderung: Wenn Gemeinden langsam aussterben. In: Der Standard online. Veröffentlicht am 13.10.2022. Siehe: https://www.derstandard.at/story/2000139767260/abwanderung-wenn-gemeinden-langsam-aussterben

[15] NÖN (2022): Die blau-gelbe Hilfswelle für Ukraine-Flüchtlinge rollt weiter. In NÖN online. Veröffentlicht am 12.03.2022. Siehe: https://www.noen.at/niederoesterreich/chronik-gericht/niederoesterreich-hilft-die-blau-gelbe-hilfswelle-fuer-ukraine-fluechtlinge-rollt-weiter-niederoesterreich-ukraine-niederoesterreich-hilft-noezsv-bernhard-heinreichsberger-spendenaktion-315873782

[16] Integrationsfonds: Ukrainische Bevölkerung in Österreich. Stichtage 01.01.2025. Siehe: https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/user_upload/OEIF_Factsheet_Ukraine_2025.pdf

[17] Jandrinitsch, Judith (2024): HTL Mödling unterzeichnete Arbeitsübereinkommen mit Ghana. In NÖN online. Veröffentlicht am 31.01.2024. Siehe: https://www.noen.at/moedling/historischer-moment-htl-moedling-unterzeichnete-arbeitsuebereinkommen-mit-der-republik-ghana-407371539

[18] Kamiński, Tomasz (2021): The Role of Regions in EU-China Relations. Lodz University Press. S.15

© Austria Institut für Europa und Sicherheitspolitik, 2025

All rights reserved. Reprinting or similar or comparable use of publications of the Austria Institute for European and Security Policy (AIES) are only permitted with prior permission. The articles published in the AIES Focus series exclusively reflect the opinions of the respective authors.

Dr. Langweg 3, 2410 Hainburg/Donau

Tel. +43 (1) 3583080

office@aies.at | www.aies.at